

II-3636 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1857/J

A n f r a g e

1978 -04- 26

der Abgeordneten Dr. HAFNER, Dr. Kohlmaier,
und Genossen
an den Bundeskanzler

betreffend Dienstrecht der Arbeiter in land- und forstwirtschaftlichen
Betrieben des Bundes

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hatte am 25.7.1977 eine Novelle zum Mutterschutzgesetz zur Begutachtung ausgesendet, durch deren Artikel II im Falle der Gesetzwerdung sozialrechtliche Verschlechterungen unter anderem bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, bei der Pflegefreistellung und bei der Feiertagsregelung für die Arbeiter in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben des Bundes eingetreten wären.

Eine diesbezügliche schriftliche Anfrage (II-3177 d.B.) wurde vom Bundesminister für soziale Verwaltung am 10.2.1978 (II-3290 d.B.) dahingehend beantwortet, daß er weder für den Artikel II der oben zitierten Novelle noch für die Beantwortung der Anfrage zuständig sei. Da es sich um Angelegenheiten des Dienstrechtes handle, sei dafür das Bundeskanzleramt zuständig.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 2 -

- 1) Aus welchem Anlaß und wann teilte das Bundeskanzleramt dem Bundesministerium für soziale Verwaltung mit, daß die Vorbereitung eines derartigen Gesetzentwurfes in die Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes fällt ?
- 2) Bis wann ist mit der Versendung eines entsprechenden Ministerialentwurfes zu rechnen ?
- 3) Welche dienstrechtlichen Materien wird dieser Gesetzentwurf regeln ?
- 4) In welchen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben des Bundes sind durch die Verzögerung wegen des Kompetenzkonfliktes zwischen Sozialministerium und Bundeskanzleramt sozialrechtliche Verschlechterungen für Arbeiter eingetreten ?
- 5) Welcher Art und Dauer sind diese sozialrechtlichen Verschlechterungen ?